Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 10. Aue 81. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 36.

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement monatlich 60 Pfg.

Inserate: im Amtsblattbezirk der Raum der 6 sp. Petitzeile 12 Pfg., belgl. für auswärts 15 Pfg., im amtlichen Teil der Raum der 2 sp. Corpuszeile 45 Pfg., im Reklame-Teil die 2 sp. Corpuszeile 30 Pfg.

Mittwoch, den 14. Februar 1906.

Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittag 11 Uhr. Eine Gewähr für die richtige Aufnahme der Anzeigen bez. an den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebenso wird für die Richtigkeit telephonisch aufgegebener Anzeigen nicht garantiert. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich.

59. Jahrg.

Zschorlau.

Der am 1. dss. Mts. fällig gewesene **1. Termin Grundsteuer** ist bei Vermeidung sofortiger zwangsweiser Beitreibung

bis zum 15. dss. Mts.

zu bezahlen.

Zschorlau, den 10. Februar 1906. **Der Gemeindevorstand.** Hilbig.

2

Grundsteuer.

Pflichtfeuerwehr Aue.

Die **im Jahre 1904 eingetretenen** und diejenigen Dienstpflichtigen, **die im Jahre 1905 das 35. Lebensjahr vollendet haben,** werden entlassen. Sie haben die empfangenen Bekleidungs- und Ausrüstungs-Stücke **in gereinigtem Zustande**

Donnerstag, den 15. Februar 1906 abends punkt 6 Uhr

in der Turnhalle am Ernst Gehner-Platze an den Kammerverwalter zurückzugeben.

Die **übrige Mannschaft hat an demselben Tage** abend **punkt 7 Uhr** ebenfalls in der Turnhalle am Ernst Gehner-Platze zur Zugseinteilung zu erscheinen.

Versäumnisse werden bestraft.

Aue, den 12. Februar 1906. **Der städtische Branddirektor.** Hermann Günther.

Königl. Gewerbezeichenschule Schneeberg.

In der **kunstgewerblichen Abteilung** werden Musterzeichner für die Spitzen- und Textilbranche, sowie Zeichner für das Kunstgewerbe ausgebildet. Wöchentlich bis 43 Unterrichtsstunden. Unterricht wird erteilt im Zeichnen von Flachmustern, Zeichnen nach der Natur und Modell, Skizzieren, Stilisieren, Entwerfen von Spitzen- und Textilmustern, Projektion, Schattenkonstruktion, Perspektive, Deutsch, Rechnen, Buchführung, Mathematik, Kunstgeschichte.

In der **gewerblichen Abteilung** werden Lehrlinge des Handwerkstandes im geometr. Zeichnen, Projektion und Fachzeichnen, sowie Deutsch, Rechnen, Buchführung und Mathematik unterrichtet. Wöchentlich 6 und mehr Unterrichtsstunden.

Kursusdauer in beiden Abteilungen **3 Jahre.**

Aufnahmeprüfung am 23. April 1906 früh 9 Uhr.

Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete in der Schule und in seiner Wohnung, Hartensteinerstraße 263 entgegen.

Schneeberg, am 12. Januar 1906. **Joh. Lorenz.**

Donnerstag, den 15. Februar 1906, Vormittags 10 Uhr sollen in **Rittersgrün 20 eiserne Träger** meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung gelangen. Bieter sammeln sich in der Gräßler'schen Restauration daselbst.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts Schwarzenberg, den 7. Febr. 1906

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Deutschlands Haltung zur marokkanischen Polizeifrage. Deutschlands Haltung zur marokkanischen Polizeifrage beruht auf den mit Frankreich vor Beschickung der Konferenz getroffenen Vereinbarungen. Bisher hat Frankreich offiziell noch keine Forderung erhoben, der Deutschland nicht zustimmen könnte. Da aber die französische Presse solche Forderungen lärmend stellt, da weiter anscheinend auch die französische Diplomatie eine solche Schwenkung vorzunehmen beabsichtigt, hat, wie aus Berlin gemeldet wird, Herr von Radowitz in mündlicher Unterredung Mr. Revoil nochmals diejenigen Punkte bezeichnet, auf welche Deutschland sich unter keinen Umständen einlassen kann und hat dem französischen Bevollmächtigten bedeutet, daß ein deutsches Veto erfolgen muß, wenn Forderungen, welche diese Punkte betreffen, in öffentlicher Sitzung erhoben werden. Demnach steht fest, daß Frankreich genau weiß, welche Zugeständnisse Deutschland nicht machen kann, und daß es ein Scheitern der Marokkokonferenz wünscht, wenn es trotzdem solche Zugeständnisse fordert. Scheitert die Konferenz an solchen Forderungen Frankreichs, dann liegt, das sei bereits heute festgestellt, die Schuld auf seiner Seite.

— Aus Algeciras, 12. Februar wird depeschiert: Der Schwerpunkt der Arbeiten und der Brennpunkt des Interesses hat sich seit einer Reihe von Tagen von den Vollsitzungen gänzlich nach den Kommissionsberatungen und noch mehr nach den intimen vertraulichen Besprechungen verschoben. Wie schon öfters angedeutet, treten die wahren Schwierigkeiten erst jetzt hervor und zwar dermaßen, daß die Dinge zurzeit am unmittelbar toten Punkte angelangt scheinen. Es hat sich herausgestellt, daß die französischen Monopolisierungsbestrebungen sich nicht allein auf die politische, sondern auch auf die wirtschaftliche Zukunft Marokkos erstrecken. Die Franzosen machen kein Hehl daraus, daß sie auch wirtschaftlich keinen Einfluß neben dem ihrigen dulden wollen. Die Schwierigkeit für Deutschland wird dadurch erhöht, daß der englische Delegierte auf Grund des englisch-französischen Abkommens bedingungslos auf seiten Frankreichs steht. Es ist nicht zu erwarten, daß die gegenwärtige Krisis von einem Tag auf den anderen gelöst werden kann, doch ist die Stimmung unter den Delegierten nicht eine derartige, daß das Scheitern der Verhandlungen zu befürchten wäre.

Berlin, 12. Februar. **Reichstag.** Nach debatteloser Erledigung einer kleineren Vorlage wurde die Etatsberatung fortgesetzt. Der Abgeordnete Stadthagen sprudelte und polterte eine zweistündige Rede herunter, die sich am besten durch den folgenden Zwischenfall charakterisiert. Als Stadthagen auf einige Zwischenrufe von seiten der Rechten direkt antwortete, verbat sich der Präsident Privatgespräche, und als der Redner hierauf bemerkte, er könne nichts dafür, daß ihm etwas zugerufen würde, meinte nach einem Bericht des „L. T." Graf Ballestrem: „Das geht Sie gar nichts an! Sie halten Ihre Rede und damit basta!" Im Saale anwesend waren etwa 2½ Dutzend Abgeordnete. Einige lagen wieder „mit Stiefel und Sporen" auf den Ecksofas umher und schliefen. Man hätte dies für eine, wenn auch in der Form verfehlte Demonstration gegen die Oede der Stadthagenschen Rede halten können, verfehlt deshalb, weil auf den Tribünen doch auch anständige Damen sitzen, aber die Herren schliefen auch bei den Ausführungen des nächsten Redners, des Nationalliberalen Dr. Bäumer, weiter. Dieser polemisierte gegen den Sozialisten Hue, indem er dessen Angriffe auf die Stahl- und Hüttenwerke in den westlichen Provinzen, insbesondere auf die Kruppschen Werke, durch Vortrag einer Reihe von Statistiken abwehrte. Adolf Stöcker sprach wie immer sehr geschickt und interessant. Er folgerte aus der Sympathie der Genossen für die russische Revolution, daß man ihnen die vorgekommenen Diebstähle und Morde zur Last legen müsse. Die Genossen toben, an ihrer Spitze der Zehn Gebote-Hoffmann. Ein erfreuliches Idyll zeigte der Kammerherr von der Pfordten (Zentrum), der von der Brauerei des Fürstbischofs von Regensburg erzählte, wo die Brauknechte täglich sieben Liter Bier à 24 ₰ (also Winterbier) zu beanspruchen hätten und erhielten. Endlich sprach Genosse Peus, stud. theol. a. D. und Unteroffizier des Landsturms. Sein Organ reicht selbst für einen Feldwebel aus. Er legte der russischen Revolution das Motto unter: Leben ist nicht notwendig, Freiheit ist notwendig. Die Rede, die bis gegen 7 Uhr sich hinzog, hatte den sonst so ausdauernden und geduldigen Präsidenten so angestrengt, daß er sich nach Beendigung derselben wie gerädert erhob und mit gequälter, das Mitleid des ganzen Hauses erweckender Stimme dem Hause vorschlug, sich nunmehr zu vertagen, was denn auch geschah.

Berlin, 12. Februar. Der Gouverneur Graf von Götzen telegraphiert aus Dar-es-Salaam folgendes: Die allgemeine Lage bessert sich ständig. Die Marineinfanterie, außer dem Detachement Mpapua und Muanza, reiste am 9 Februar heim. Die Ruhe in den Bezirken Süd-Morogoro, Kilwa, Mohorro, Lindi, Songea und Iringa wird bis zur vollständigen Unterwerfung durch feste Posten aufrecht erhalten. In Nord-Mahenge, zwischen Ruaha und Ulanga, befindet sich noch ein größerer Aufstandsherd, der bisher wegen ungewöhnlichen Hochwassers noch unberührt blieb. Die Kolonnen Freiherr v. Wangenheim, Gravert, Nigmann, und Hirsch gehen dorthin vor. Zusammensetzbare Boote wurden von Dar-es-Salaam abgeschickt. Major Freiherr v. Schleinitz kehrte nach Dar-es Salaam zurück.

Essen, 12. Februar. Der preußische Bergarbeiter-Delegiertentag nahm heute, nachdem der Abgeordnete Sachse über die Forderung eines Reichsberggesetzes berichtet hatte, einen Beschlußantrag an, der besagt, der Bergarbeitertag halte daran fest, daß ein Reichsberggesetz geschaffen werden müßte, damit neben der Regelung der bergrechtlichen Fragen für die Bergarbeiter im ganzen Reiche ein genügender Schutz geschaffen werde und auch das Knappschaftswesen in dem Sinne reformiert und einheitlicher geregelt werde, wie es im Herbst 1905 der preußische Bergarbeitertag in Berlin beschlossen habe. In dem gefaßten Beschlußantrag heißt es weiter: Falls jedoch die Regierung abgeneigt sei, ein einheitliches Reichsberggesetz zu schaffen, so ersucht der Bergarbeitertag die Regierung und den Reichstag, die Gewerbeordnung noch in dieser Session so zu ändern, daß zum Schutze der Bergarbeiter eine Anzahl näher bezeichneter Vorschriften über Schichtzeit, Ueber- und Nebenschichten, Nullen, Gedinge, Zechenlegungen, Grubenkontrolleure, Arbeiterausschüsse und ihre Befugnisse, Reform des Knappschaftswesens, Schiedsgerichte für Streitigkeiten und Einrichtung von Brausebädern für alle Gruben usw. erlassen werden. Alsdann wurde eine Resolution angenommen, die den Parteien bz. ihren Wortführern im Reichstage und Landtage, die für die Aufklärung der „Borussia"-Affäre eingetreten sind, den Dank des Bergarbeitertages ausspricht. Im weiteren Verlaufe wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche unter Hinweis auf den verteuerten Lebensunterhalt und den Aufschwung der Konjunktur die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung erhebt. Eine weitere Resolution beauftragt die Arbeiterausschüsse, in vorstehendem Sinne bei den Zechenverwaltungen vorstellig zu werden, und empfiehlt die Erstrebung eines Minimallohnes und zur Erreichung desselben die Stärkung der Organisation. Letztere Resolution wurde vom christlichen Bergarbeiterverein, von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und vom Verein zur gegenseitigen Hilfe angenommen, während der alte Verband und der polnische Verein die Ausführung der Forderungen dieser Resolution für sich ablehnten. Ferner wurde ein Antrag eingebracht, die bestehenden Organisationen zu verschmelzen. Der Vertretertag überließ es den Organisationen, hierzu Stellung zu nehmen.

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Februar. Der König empfing heute vormittag den neuen deutschen Gesandten Grafen Henckel von Donnersmarck.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Die Zeremonie der Uebergabe der Präsidentschaftsgewalt an Falliéres wird sich am nächsten Sonntag vormittag unter dem Geleit einer Kürassier-Eskorte nach dem Elysee-Palast begeben, wo ihn Loubet mit einer kurzen Ansprache begrüßen wird. Loubet wird alsdann von einer Kürassier-Eskorte nach seiner Wohnung in der Rue Dante geleitet.

Paris, 12. Februar. Halbamtlich verlautet, die Untersuchung über die in Französisch-Kongo von einzelnen Beamten verübten Grausamkeiten habe ergeben, daß der Generalkommissar Gentil weder direkt, noch indirekt an diesen Vorgängen teilgenommen habe. Die Regierung habe deshalb, um Gentil in gebührender Weise Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, beschlossen, ihn neuerdings mit der Leitung von Französisch-Kongo zu betrauen.

Paris, 12. Februar. Der Kolonialminister hat auf Grund des von dem inzwischen verstorbenen de Brazza erstatteten Berichts beschlossen, vier Kolonialbeamte von Französisch-Kongo, darunter die Administratoren Massault und Gaborion, welche die sogenannten Geisellager errichtet hatten, den Gerichten zu überweisen. Zur Verhinderung von Grausamkeiten und Mißständen, wie sie de Brazza festgestellt hatte, wird in Französisch-Kongo eine größere Reform des Gerichts- und Verwaltungswesens durchgeführt werden. Die hierauf bezüglichen Erlasse werden in kurzem im Amtsblatte veröffentlicht werden. Ueberdies wird auch eine umfassende wirtschaftliche Hebung der Kolonie geplant, indem dieselbe mit Telegraphenlinien, mit Straßen, mit Postdienst, sowie mit einer schmalspurigen Bahn von 180 Kilometer Länge vom Fort Crampell bis zum Fort Forrel in der Nähe des Tschadsees ausgestattet werden soll. Zur Deckung der Kosten dieser Unternehmungen wird der Kolonialminister vom Parlament die Ermächtigung zur Begebung einer Anleihe von 75 Mill. Franken verlangen, deren Zinsen aus dem Budget der Kolonie bezahlt werden sollen.

Tours, 12. Februar. Als die Finanzbeamten heute nachmittag die Kathedrale betraten, um das Inventar aufzunehmen, erklärte ihnen der Bischof Renou, daß er zum Zeichen der Trauer beschlossen habe, das ihm als Militärgeistlichen verliehene Kreuz der Ehrenlegion nicht mehr zu tragen.

England.

— Englische Verdächtigungen. Die Londoner „Morning Post" bringt einen Leitartikel, dessen Zweck es ist, nachzuweisen, daß solche Nationen, die ihre Unabhängigkeit wertschätzen, sich zusammenschließen müssen, sobald Gefahr von einem übermächtigen Staate droht. Bisher habe Großbritannien sich dreimal zu derartigen Schutzbündnissen verpflichtet gesehen. Die Drohung sei in diesen drei Fällen von Philipp II., Ludwig XIV. und Napoleon ausgegangen. Die